

Die Al-Akhdam im Jemen: Eine rechtlose Minderheit in einem vergessenen Krieg



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Kamal Sido, Jessica Noll

Redaktion: Inse Geismar

Layout: Lewis Rangno, Tanja Wieczorek

Titelfoto: Annasofie Flamand / IRIN / 201003230949360759

Preis: 2,50 Euro

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im
März 2017**

Inhaltsverzeichnis

1. Humanitäre Lage	5
2. Die ausgestoßene Minderheit der Al-Akhdam	6
3. Überlebenskampf im Krieg und Elend	7
4. Jahrhundertelange Ausgrenzung aus der Gesellschaft	8
5. Unerreichbares Gesundheits- und Bildungssystem	9
6. Soziale und wirtschaftliche Diskriminierung	9
7. Ethnischer Hintergrund – Die Ursache der Diskriminierung	10
8. Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker	12
Anhang	14
Interview mit Mitglied der „Nationalen Union der Al-Muhammaschun“	14
Hintergrund: Der vergessene Krieg	16

1. Humanitäre Lage

Dem Jemen droht aus Sicht des UN-Nothilfekoordinators Stephen O'Brien der Kollaps, „falls die Konfliktparteien nicht bald ein Friedensabkommen schließen“.¹ Dort herrscht seit Jahren Bürgerkrieg, der dramatisch eskalierte, seit im März 2015 Saudi-Arabien auf Seiten der gewählten international anerkannten Regierung intervenierte. Die saudische Luftwaffe bombardiert schiitische Huthi-Rebellen und trifft auch zivile Ziele wie Krankenhäuser, Marktplätze oder Wohnviertel. Die Lage der Zivilbevölkerung ist katastrophal: Ende 2016 waren etwa 21,2 Millionen Menschen, also fast 85 Prozent der Bevölkerung, auf humanitäre Hilfe angewiesen. Etwa 7,6 Millionen, darunter drei Millionen Kinder und Frauen, leiden an Unterernährung. Auch Epidemien wie Cholera sind bereits ausgebrochen. Zudem wurden seit Beginn der saudischen Intervention im März 2015 zwischen 4.000 und 10.000 Zivilisten getötet, mindestens 10.000 verletzt und mindestens drei Millionen Jemeniten sind mittlerweile auf der Flucht.



Hunderttausenden Kindern im Jemen droht der Hungertod. Foto: GfbV

¹ <https://www.nzz.ch/international/nahost-und-afrika/uno-nothilfekoordinator-jemen-ohne-friedensabkommen-am-rande-des-kollaps-ld.125532>, 01.11.2016.

2. Die ausgestoßene Minderheit der Al-Akhdam

Widmet die Weltöffentlichkeit dem verheerenden Bürgerkrieg im Jemen schon viel zu wenig Aufmerksamkeit, so nimmt sie erst recht keine Notiz vom Leiden der Minderheiten, die dort leben. Vor allem die Lage der ethno-kulturellen Minderheit der Al-Akhdam, deren Angehörige schon seit Jahrhunderten ausgegrenzt und in allen Lebensbereichen diskriminiert werden, ist prekär. Die meisten von ihnen leben in einfachen Hütten oder armseligen Unterkünften. Und nun müssen sie wegen der andauernden Luftschläge der „Saudischen Militärkoalition“ und der kriegerischen Auseinandersetzungen ihre Hütten immer wieder verlassen, um anderswo ihre Zelte aufzuschlagen.



Al-Akhdam am Rande der jemenitischen Hauptstadt Sanaa (Februar 2017). Foto: GfbV

"Wasch deinen Teller, wenn ein Hund ihn berührt hat, aber wirf ihn weg, wenn ein Al-Akhdam ihn angefasst hat." Dieses Sprichwort spiegelt wider, was ein Großteil der jemenitischen Gesellschaft über diese ethnische Minderheit denkt. Al-Akhdam/Chadem bedeutet "Diener". Gemeint sind damit alle Bürger des Jemens, die ihre Wurzeln auf dem afrikanischen Kontinent haben. Mit 500.000 bis drei Millionen Angehörigen stellt diese Volksgruppe zwei bis zehn Prozent der 27

Millionen Einwohner des Landes. Sie selbst bezeichnen die Al-Akhdam als "Al-Muhamashun", was so viel heißt wie "die Marginalisierten".

Seit Beginn des saudischen „Luftkrieges“ im Jemen sind Zehntausende Al Akhdam auf der Flucht. Nach Schätzungen der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) wurden bereits Hunderte von Al-Akhdam durch die Luftschläge getötet und Tausende verletzt. Trotz aufwändiger Recherchen liegen uns die genauen Zahlen der Opfer nicht vor.

3. Überlebenskampf im Krieg und Elend

Mit dem Beginn des Luftkrieges verschärfte sich die Lage der Al-Akhdam. Sie erhalten nur sporadisch Hilfsgüter von Hilfsorganisationen wie etwa vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF). Diese Hilfe lief jedoch nur in den ersten sechs Monaten nach Beginn des Luftkrieges im März 2015. Angehörige der Al-Akhdam-Minderheit wie auch die überwiegende Mehrheit der gesamten Zivilbevölkerung im Jemen müssen nach zwei Jahren Krieg von der Hand in den Mund leben. Sie versuchen Almosen zu erbetteln und müssen oft hungern. Infolge des Konflikts haben Hunderttausende Familien weder genug zu essen noch zu trinken, die Menschen leiden Hunger. Ein Drittel aller Kinder im Jemen unter fünf Jahren, darunter Hunderttausende von Al-Akhdam-Kindern, sind akut mangelernährt. Sie benötigen dringend Lebensmittel, Trinkwasser und medizinische Versorgung. Doch es fehlt an allem und das Gesundheitssystem im Land ist durch die Kämpfe am Boden und Luftangriffe nahezu vollständig zusammengebrochen – Krankenhäuser wurden zerstört, es fehlen Ärzte und Medikamente. Das Leben von Millionen Menschen steht auf dem Spiel. Daher ist die Beendigung des Krieges eine Hauptforderung dieser jemenitischen Volksgruppe. „Wir wollen, dass der Krieg aufhört, dass es zu keinen Luftschlägen mehr kommt, dass alle Konfliktparteien gemeinsam nach einer politischen Lösung suchen. Denn unter diesem Krieg und diesen Luftschlägen leiden unsere Volksgruppe sowie die gesamte Zivilbevölkerung vehement. Ferner fordern wir, dass Al-Muhamashun als gleichberechtigte Bürger in der jemenitischen Gesellschaft behandelt werden, wir möchten von der Gesellschaft unterstützt werden, etwa in den Bereichen Bildung und Ausbildung, wir wollen, dass die Al-Muhamashun durch gezielte Projekte in die Gesellschaft eingegliedert werden. Auch bei der Kreditvergabe sollen die Al-Muhamashun nicht diskriminiert, sondern berücksichtigt werden, damit möglichst viele Al-Muhamashun Arbeit

finden und sich und ihre Familien versorgen können“, berichtet Mutawwakkel Ali al-Raymi, Mitglied der „Nationalen Union der Al-Muhammaschun“ im Jemen, am 15. Februar 2017, der GfbV. Diese Selbstorganisation der Al-Akhdam ist im Laufe der Proteste gegen den Präsidenten Ali Abdullah im Jahre 2011 entstanden. Wegen des ständigen Drucks von außen und der daraus entstandenen internen Streitereien kann diese Vereinigung weder wirklich aktiv werden noch die Al-Akhdam gesellschaftspolitisch erfolgreich vertreten.

4. Jahrhundertelange Ausgrenzung aus der Gesellschaft

Schon vor dem Bürgerkrieg mussten die Al-Akhdam im Jemen unter unwürdigen und unmenschlichen Bedingungen leben. Die Demütigung dieser Menschen hat die unterschiedlichsten Facetten, sei es in Form von wirtschaftlicher Marginalisierung, sozialer Ausgrenzung oder symbolischer sowie physischer Gewalt. Schon ihre arabische Bezeichnung "Al-Akhdam" lässt auf eine herabwürdigende Behandlung durch die arabischstämmige Bevölkerung schließen, denn das Wort besagt darüber hinaus, dass es sich um "die Untersten" der Gesellschaft handele.

Das geschlossene, Kasten-ähnliche Gesellschaftssystem des Jemen macht es den Al-Akhdam unmöglich, sozial aufzusteigen. Eine 65 Jahre alte Frau berichtete einem GfbV-Freund in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa, dass sie schon als Kind die Unterdrückung ihrer Gemeinschaft wahrgenommen habe. Sie und alle Mitglieder ihrer Volksgruppe haften ihrer Meinung nach wie Tiere, wie ein ausgestoßener Rest der Gesellschaft.

Die lange Geschichte von Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten, Vorurteilen und systematischer Diskriminierung der Al-Akhdam hat dazu geführt, dass sich im Jemen regelrechte Ghettos gebildet haben, in denen sie ihr Dasein fristen müssen. Meist sind dies besonders unwirtliche Gegenden am Rande anderer Ansiedlungen wie ausgetrocknete Flussbetten, die sich in der Regenzeit wieder mit reißenden Fluten füllen, oder Straßenränder. Offiziell werden die Bewohner dieser Elendsviertel oder Ansiedlungen als "Besetzer" geführt und können somit jederzeit vertrieben werden. Das macht ein würdevolles Leben unmöglich.

5. Unerreichbares Gesundheits- und Bildungssystem

Faktisch behandeln auch Behörden die Al-Akhdam vor allem auf regionaler Ebene viel schlechter als Angehörige anderer Volksgruppen, auch wenn dies von der nationalen Regierung bestritten wird. So beschreibt der 25-jährige Muhsin Al-Qasimi seine Lage als aussichtslos: "Wir haben keinen Kontakt zum Bildungssystem. [...]. Wir können nicht einmal einen Pass oder einen Führerschein besitzen, weil wir keine Geburtsurkunde haben. Daher können wir auch nicht wie der Rest der Gesellschaft nach Saudi-Arabien gehen, um dort zu arbeiten. Wir sind gefangen in grausamer Ungerechtigkeit. [...] Ärzte und Krankenschwestern wollen uns nicht anfassen, weil sie unsere Körper nicht berühren wollen. Oft haben wir unsere Kinder im Arm und können ihnen nicht helfen, weil wir sie nicht ins Krankenhaus bringen können." Gerade das Beispiel des Gesundheitssystems unterstreicht, wie sehr die Vorurteile gegenüber den Al-Akhdam bis in die höheren Bildungsschichten verankert sind.²

6. Soziale und wirtschaftliche Diskriminierung

Auf gesellschaftlicher Ebene mussten die Al-Akhdam schon immer eine Reihe von Demütigungen über sich ergehen lassen. So leben die Familien in den ländlichen Gebieten ohne Schutz und Sicherheit in ihren Behausungen, was ein privates Leben unmöglich macht. Ihre Unterkünfte haben keine Haustüren und sie können jederzeit aus diesen vertrieben werden. Es kümmert sich einfach niemand darum, was man mit ihnen anstellt. Männer unterstellen den Frauen der Al-Akhdam häufig, sexuell erreichbar zu sein. Deshalb sind die Frauen weder vor sexueller Belästigung noch vor Missbrauch sicher. Männer hingegen erfahren eher symbolische Gewalt: Es ist ihnen nicht erlaubt, einen traditionellen Dolch zu tragen. In der jemenitischen Öffentlichkeit kommt dieses Verbot einer Entmannung gleich.

Wirtschaftlich wird den Al-Akhdam keine Chance gegeben. Ihnen ist nicht nur der Zugang zu Bildung weitestgehend verwehrt, sondern auch der Eintritt in den Arbeitsmarkt. Ihnen bleibt allein das Einsammeln von Müll ohne Aussicht auf eine bessere Arbeit. Im Norden des Landes, wo hauptsächlich Landwirtschaft betrieben wird, können sich Al-Akhdam nur als Wanderarbeiter verdingen. Hier haben die Stämme die Kontrolle über die Vergabe der Ländereien und sie lassen es

² <http://www.al-akhbar.com/node/172809>

systematisch nicht zu, dass Al-Akhdam landwirtschaftlich nutzbare Flächen erwerben. Auch ihre Möglichkeiten, auf dem Land zu arbeiten sind begrenzt, da sie nach gängigem Vorurteil eine „Vergiftung“ für die Landwirtschaft sein könnten. Sie werden als „unreine“ Menschen betrachtet, ihre landwirtschaftlichen Produkte als „ungenießbar“ eingestuft. So müssen die Arbeitsfähigen von ihnen auf der Suche nach kurzzeitiger Beschäftigung von Ort zu Ort ziehen, so dass die Familien die meiste Zeit auseinandergerissen leben müssen. Meist sind sie zusätzlich auf Almosen angewiesen.



Viele Al-Akhdam haben durch den Krieg ihr Zuhause verloren und sind nun der Hitze und der Kälte ausgeliefert. Foto: GfbV

7. Ethnischer Hintergrund – Die Ursache der Diskriminierung

Die Al-Akhdam sind, ebenso wie die meisten Jemeniten, Arabisch sprechende Muslime, gehören jedoch keinem der drei großen jemenitischen Stämme an. Zwar konnte ihre Herkunft wissenschaftlich noch nicht lückenlos geklärt werden, generell ist jedoch die Ansicht verbreitet, dass die Al-Akhdam ursprünglich aus Afrika, vermutlich aus Äthiopien, in den Jemen kamen. Sie sind daher die einzige

Minorität im Jemen, die sich nicht auf die Araber zurückführen lässt. Das ist auch der Hauptgrund für die ständigen Erniedrigungen, die sie ertragen müssen.

Den Nährboden für die Diskriminierungen bereiten vor allen Dingen kulturelle Mythen, die im Jemen eine große Rolle spielen. Diese schaffen individuelle oder kollektive Identitäten, die dann für Vorurteile und soziale Gewalt gegenüber Menschen einer anderen Ethnie mobilisiert werden können. Dabei betrachten sich vor allem die Sayyids und Stammesführer als Araber und damit einhergehend als Menschen höheren Ranges. Dieses Selbstempfinden wird gerade dann gestärkt, wenn sie sich auf die Prophetenfamilie berufen können. Ihrer Meinung nach können die Al-Akhdam in ihrem Status als Nicht-Araber niemals die Werte und Moralvorstellungen der arabischen Kultur transportieren. Deshalb werden sie nicht als gleichwertig behandelt und es besteht auch keine Aussicht auf eine zukünftige Besserung der Lage der ethnischen Minderheit. Auch wenn diese Diskriminierungen nicht mit der islamischen Vorstellung zu vereinbaren sind, nach der alle Muslime gleich sind, so wird den Al-Akhdam dennoch unterstellt, nicht dazu fähig zu sein, die islamischen Moralvorstellungen und Frömmigkeit zu besitzen. Somit werden sie nicht nur als Nicht-Araber bezeichnet, sondern auch als "gefallene" Muslime.

Gefördert wird das herabwürdigende Verhalten der arabischstämmigen Bevölkerung durch eine legendenhafte Geschichte aus dem 6. Jahrhundert. In ihr wird erzählt, dass die Al-Akhdam von einem Christen aus Äthiopien namens Abraha Ashram abstammen, der zu jener Zeit die jemenitischen Kampftruppen bezwingen konnte. Allerdings wurde er bald darauf von persischen Truppen geschlagen und musste zurück nach Afrika, allerdings nicht ohne einige Soldaten im Jemen zurückzulassen. Diese wurden fortan als verflucht angesehen und versklavt. Deshalb darf heute niemand mit Al-Akhdam Kontakt aufnehmen oder sich gar mit einem Mitglied dieser Volksgruppe verheiraten. Durch ihren Status waren sie dazu verdammt, die erniedrigendsten Arbeiten zu verrichten, was sie vom Rest der Gesellschaft noch weiter abspaltete.

Diese ethno-kulturelle Unterdrückung der Al-Akhdam, mit der der Ausschluss aus der Gesellschaft, ökonomische Marginalisierung, Ausbeutung und Demütigung einhergehen und Angehörigen dieser Volksgruppe ein unwürdiges und verzweifelteres Dasein bereitet, setzt sich bis heute fort.

8. Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

Die menschenunwürdige Situation der Al-Akhdam war in der Weltöffentlichkeit auch vor dem Bürgerkrieg kaum bekannt. Deshalb war der Druck von außen auf die jemenitische Regierungen, dies zu ändern, äußerst gering. Als allererste hätten die Behörden die Al-Akhdam als gleichberechtigte Bürger behandeln müssen. Diese Behörden sind jedoch in der gegenwärtigen Kriegssituation entweder nicht mehr funktionsfähig oder interessieren sich nicht für diese schon immer marginalisierten Menschen. Said, ein Angehöriger der Al-Akhdam-Minderheit, sagte einem Journalisten von „USA TODAY“ im Mai 2016, ein Jahr nach dem Beginn der saudischen Intervention: „Auch wenn ich zu einem Gericht gehe und mich über die Diskriminierung beschwere, würde mich der Richter nicht einmal mit meinen Namen ansprechen, sondern mir zurufen: ‚Du Diener!‘“³

Walid Abdullah (20), ein anderer Al-Akhdam, erzählt wie sein Haus im Stadtviertel Jahmaliya in der südjemenitischen Großstadt Taizz von einer Bombe getroffen wurde. Auch die Häuser von 200 anderen Al-Akhdam-Familien sollen angegriffen worden sein. Eine Frau namens Hassna Mohammed sagte dem Redakteur: „Wir laufen faktisch nackt herum, wir haben alles verloren, wir haben nichts mehr.“ Nach Angaben von Numan al Huzaifi, dem Vorsitzenden der „Nationalen Union der Al-Muhammaschun“, ist die Lage der Al-Akhdam unerträglich geworden und die Menschen benötigen dringend Hilfe. Diese Angaben werden auch von Misk Al-Maqmary (25), einer Al-Akhdam-Aktivistin, die eine lokale Initiative namens „Kifaya“ (Es reicht) leitet, bestätigt.⁴

Als „nicht-arabische“ Minderheit, deren Wurzeln auf dem afrikanischen Kontinent zu suchen sind, wurden die Al-Akhdam seit jeher stark diskriminiert und ausgegrenzt. Doch jetzt leiden die Angehörigen dieser Volksgruppe besondere Not. Die Diskriminierung und Ausgrenzung haben die Al-Akhdam zu der Volksgruppe des Jemen gemacht, die am meisten unter dem Krieg leidet.

Überlebende von Bombardements der saudischen Luftwaffe, die seit März 2015 im Nachbarland zur Unterstützung der international anerkannten Regierung interveniert, müssen in elenden Unterkünften hausen und erhalten noch weniger humanitäre Hilfe als die unter dem Krieg ebenfalls leidende restliche Zivilbevölkerung.

³ <http://www.erehnews.com/news/reports/491973>

⁴ Ebd.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker fordert:

- Internationale und deutsche Hilfswerke, die im Jemen tätig werden können, müssen dringend versuchen sicherzustellen, dass Al-Akhdam humanitäre Hilfe erhalten
- Die deutsche Bundesregierung soll sich bei allen Kriegsparteien und ihren Schutzmächten dafür einsetzen, Hilfsorganisationen freien Zugang zu der notleidenden Bevölkerung zu gewährleisten.
- Der Bürgerkrieg im Jemen hat sich zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien und dem Iran ausgeweitet. Deshalb sollte es von Deutschland oder der EU eine internationale Initiative geben, Gespräche mit Saudi-Arabien, dem Iran, den USA und Russland aufzunehmen, um den Luftkrieg zu beenden.
- auf die Regierung im Iran Einfluss nehmen. Der Iran soll die Huthi-Rebellen dazu drängen, sich an internationale Abmachungen zu halten. Alle Kriegsparteien müssen sich an Kriegsrecht und an die vereinbarten Feuerpausen halten.

Anhang

Interview mit Mitglied der „Nationalen Union der Al-Muhammaschun“



Mutawwakkel Ali al-Raymi in Sanaa (Februar 2017). Foto: GfbV)

Gespräch mit Mutawwakkel Ali al-Raymi, Mitglied der „Nationalen Union der Al-Muhammaschun“ im Jemen, am 15. Februar 2017

Frage: Wie heißen Sie? Stellen Sie sich bitte kurz vor.

Antwort: Ich heiße Mutawwakkel Ali al-Raymi, bin 40 Jahre alt und arbeite in der Nationalen Union der Al-Muhammaschun. Ich bin Leiter des Ausschusses für Kontrolle und Revision.

Frage: Wie viele Al-Muhammaschun leben im Jemen?

Antwort: Die Anzahl der Al-Muhammaschun wird auf etwa zwei Millionen geschätzt. Es gibt aber keine genauen Statistiken über unsere Volksgruppe im Jemen. Auch bei den Volkszählungen dort wird diese Frage nicht geklärt, da die Volkszählungen basierend auf der jemenitischen Verfassung keine Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen des jemenitischen Volkes machen.

Frage: Wo leben Al-Muhammaschun, in welchen Provinzen des Jemen?

Antwort: Al-Muhammaschun leben in nahezu allen Provinzen der Republik, auf dem Lande und in den Städten. Sie sind nicht nur in einem bestimmten Gebiet vertreten.

Frage: Wie viele Opfer, Tote und Verletzte, hat die Volksgruppe Al-Muhammaschun seit Beginn der von Saudi-Arabien angeführten Militärintervention im März 2015 zu beklagen?

Antwort: Ich weiß nicht. (Unser Interviewpartner wollte diese Frage anscheinend nicht beantworten, vermutlich befürchtet er Repressalien. Anm. der Red.)

Frage: Gibt es Hilfsorganisationen, die Al-Muhammaschun unterstützen?

Antwort: UNICEF (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) unterstützte die Al-Muhammaschun in der Hauptstadt Sanaa mit bestimmten Geldbeiträgen gemäß Listen, die von der Generaldirektion für soziale Fragen in der Hauptstadt ausgestellt worden sind. Diese Hilfe lief etwa sechs Monate, danach wurde sie eingestellt. Es gibt lokale, gemeinnützige Hilfsorganisationen, die uns sporadisch unterstützen.

Frage: Was sind die Forderungen der Al-Muhammaschun?

Antwort: Wir wollen, dass der Krieg aufhört, dass es zu keinen Luftschlägen mehr kommt, dass alle Konfliktparteien gemeinsam nach einer politischen Lösung suchen. Denn unter diesem Krieg und diesen Luftschlägen leiden unsere Volksgruppe sowie die gesamte Zivilbevölkerung vehement. Ferner fordern wir, dass Al-Muhammaschun als gleichberechtigte Bürger in der jemenitischen Gesellschaft behandelt werden, wir möchten von der Gesellschaft unterstützt werden, etwa in den Bereichen Bildung und Ausbildung, wir wollen, dass die Al-Muhammaschun durch gezielte Projekte in die Gesellschaft eingegliedert werden. Auch bei der Kreditvergabe sollen die Al-Muhammaschun nicht diskriminiert, sondern berücksichtigt werden, damit möglichst viele Al-Muhammaschun Arbeit finden und sich und ihre Familien versorgen können.

Frage: Werden Al-Muhammaschun an den Verhandlungen über eine politische Lösung für den Jemen beteiligt?

Antwort: Nein.

Frage: Was erwarten sie von der internationalen Staatengemeinschaft?

Antwort: Wir wollen, dass die internationale Gemeinschaft ihrer Verantwortung gerecht wird und den Krieg und die Aggression gegen den Jemen beenden. Ebenso müssen jegliche Sanktionen und Blockaden gegen das Land beendet werden. Diese schaden der gesamten Zivilbevölkerung des Jemen. Es muss mit dem Wiederaufbau möglichst schnell begonnen werden. Nur dann kann es uns allen wieder besser gehen.

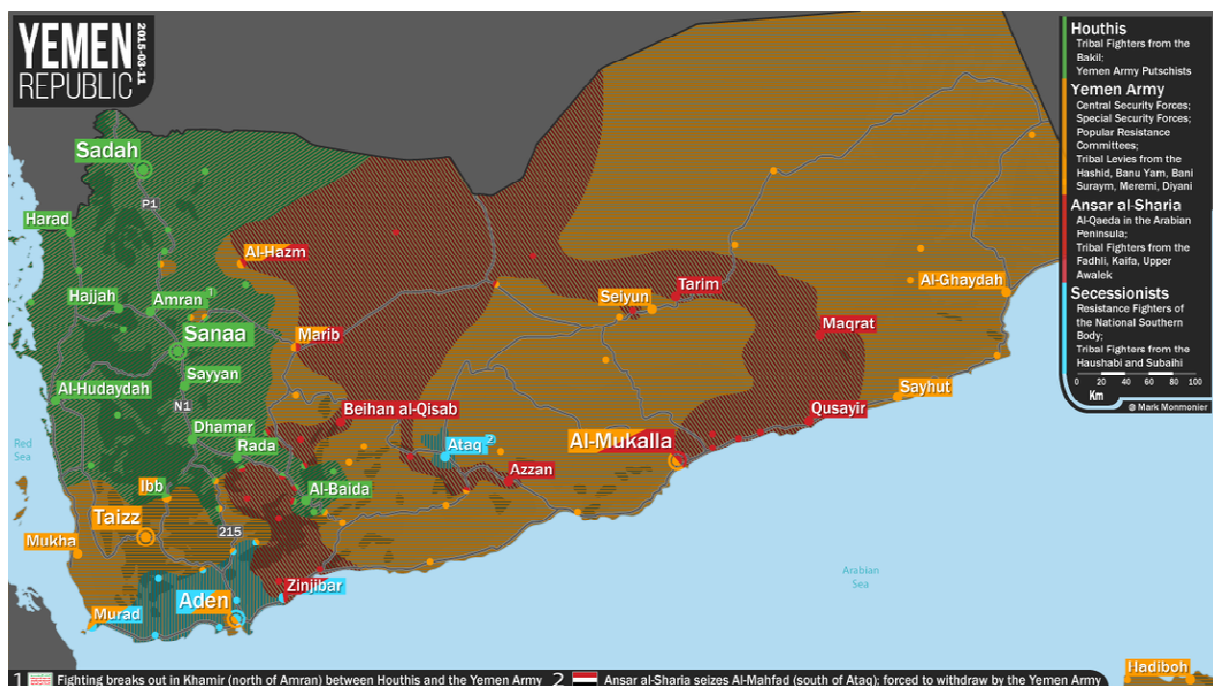
Frage: Möchten sie noch etwas hinzufügen?

Antwort: Nein, das ist alles. Wir möchten uns bei der GfbV für ihren Einsatz bedanken.

(Das Interview wurde geführt und aus dem Arabischen ins Deutsche übersetzt von Kamal Sido, 15.02.17)

Hintergrund: Der vergessene Krieg

Wie andere bekanntere Krisen im Gebiet des Nahen Ostens und nördlichen Afrikas ist auch der aktuelle Konflikt im Jemen auf Proteste im Jahr 2011 zurückzuführen. Damals begannen die Menschen gegen den autoritär regierenden Präsidenten Ali Abdullah Salih zu protestieren und ihn zum Rücktritt aufzufordern. Salih stand bereits seit 1978 an der Spitze des jemenitischen Staates und stützte seine Macht auf seine Herkunft aus einem einflussreichen Clan sowie auf viele Stammesbündnisse. Zuerst war er Präsident der Arabischen Republik Jemen (Nord), von 1990 an dann Staatsoberhaupt der vereinigten Republik der zwei früheren Staaten Nord- und Südjemen. Als Salih am 1. Januar 2011 eine Verfassungsänderung vorlegte und damit plante, seinen Sohn zum Präsidenten zu ernennen, folgten die Menschen in Sanaa dem Beispiel Tunesiens und Ägyptens und gingen auf die Straße.



Einflussbereiche im Jemen (Stand: 11. März 2015).

Karte: www.markmonmonier.weebly.com/yemen.html

Auch in Tunesien und Ägypten war die Absicht der dortigen Herrscher, ihre Söhne als Nachfolger zu bestimmen, Anlass der Proteste, die in dem sogenannten Arabischen Frühling mündeten. Der „schnelle Erfolg“ des Aufstandes in den

beiden nordafrikanischen Staaten gab vielen Menschen im Jemen Hoffnung und Mut. Doch die Krise im Jemen, das einst als „Arabia Felix“ (glückliches Arabien) für seine fruchtbaren Ländereien bekannt war, stürzte das Land in einen Bürgerkrieg.

Erst schienen die Proteste Erfolg zu zeigen: Präsident Salih kündigte noch für 2011 Neuwahlen an, bei denen er nicht mehr kandidieren würde. Im November gab er offiziell seinen Rücktritt bekannt und übergab das Präsidentenamt innerhalb von 30 Tagen an seinen vorherigen Stellvertreter Abed Rabbo Mansur Hadi, der bei der anschließenden Präsidentschaftswahl im Februar 2012 offiziell zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Doch das Militär wollte dem aus dem Süden stammenden Hadi nicht Folge leisten. Zudem verweigerte Salih, der aus dem Norden des Landes kommt und bis heute Vorsitzender der dominierenden Regierungspartei Allgemeiner Volkskongress ist, dem neuen Staatsoberhaupt faktisch jegliche Zusammenarbeit. Mit diesem Regierungstreit, den Protesten, an denen sich auch bestehende Rebellengruppen wie die Huthi und islamische Gruppierungen beteiligten, und den gewaltsamen Repressionen durch die Machtstrukturen von Ali Abdullah Salih fiel das Land in einen Bürgerkrieg.

Blutiger Konflikt im Norden

Von den Unruhen zwischen den Anhängern von Hadi und Salih, die seit 2012 immer größere Ausmaße annahmen, profitierten vor allem die gegen die sunnitisch geprägte Zentralregierung in Sanaa kämpfenden schiitischen Huthi-Rebellen. Die Huthi sind eine politisch-militärische Bewegung der schiitisch geprägten Religionsgemeinschaft der Zaiditen. Die Zaiditen im Jemen verfügen über eine eigene Rechtsschule, die im sunnitisch dominierten Jemen 30 bis 45 Prozent der Bevölkerung stellen. Die Huthi kämpfen bereits seit 2004 militärisch gegen die Zentralregierung. Als diese sich 2012 zerstritt, konnten die Huthi ihren Einfluss auf große Teile des Landes geltend machen und im September 2014 sogar die Hauptstadt Sanaa besetzen.



Blick über die Hauptstadt Sanaa. Foto: naes/istock

Auch wenn die aus dem Nordjemen stammenden Huthi in früheren Jahren gegen die Regierung unter der Führung von Salih gekämpft hatten, waren sie nun bereit, mit dem ebenfalls zu den schiitischen Zaiditen gehörenden Salih zu kooperieren. Auch der Ex-Präsident, den die sunnitisch-saudische Dynastie in früheren Jahren unterstützt hatte, war bereit, gegen den neuen Feind Saudi-Arabien zu kämpfen. Salih ging nun eine taktische Allianz mit den Huthi gegen Saudi-Arabien ein. Aufgrund dieser Kooperation und mit Hilfe der Unterstützung der Salih loyalen Armeeeinheiten gelang es den Huthi nach und nach, weitere Gebiete des Landes einschließlich der südjemenitischen Metropole Aden zu besetzen.

Doch die verfeindeten Regierungslager und die Huthi-Rebellen sind nicht die einzigen Akteure im jemenitischen Bürgerkrieg. Während die schiitischen Rebellen Gebiete in Nord- und Südjemen eroberten, besetzte die sunnitische Terrorgruppe Al-Qaida einige Regionen im Südosten des Landes. Mitte Oktober 2014 sprengte sich ein Selbstmordattentäter der islamistischen Gruppierung in einer Huthi-Versammlung in die Luft und riss 50 Personen mit in den Tod. Wenige Tage später, am 21. Oktober, mussten 33 Menschen bei einem Bombenanschlag in einer Behörde sterben. Die Täter wurden in den Reihen des Terrornetzwerks Al-Qaida oder des sogenannten Islamischen Staats vermutet. Die Zentralregierung versuchte vergeblich, Herr über die Lage zu werden. Viele sunnitische

Stammeskämpfer verbündeten sich mit Al-Qaida gegen die Huthi. Diese erzielten jedoch immer weitere Erfolge: Im Januar 2015 zwangen sie Präsident Hadi zum Rücktritt, erließen im Februar 2015 eine Übergangsverfassung und erklärten das Parlament für aufgelöst. Die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Präsidenten Salih wurde dadurch noch enger. Gleichzeitig war die Hauptstadt während dieser Zeit immer wieder Anschlägen und Angriffen von Al-Qaida ausgesetzt.

Saudische Intervention verschärfte den Bürgerkrieg

Die vollständige Einnahme der Hauptstadt Sanaa durch die Huthi und die enge Kooperation zwischen ihnen und Salih versetzten die Saudis in Angst und Schrecken. Sie befürchteten, dass der Jemen vollständig unter die Kontrolle des schiitischen Rivalen Iran kommen könnte, der angeblich die Huthi-Rebellen unterstütze. Mit den Huthi an der Macht könnte es dem Iran gelingen, die Meereseenge Bab al-Mandab zu kontrollieren, was für Saudi-Arabien wiederum ein großer strategischer Verlust wäre. Die Erfolge der Huthi und die Angst des saudischen Königshauses vor einem erstarkten schiitischen Nachbarn waren die Hauptursache der am 26. März 2015 begonnenen saudischen Militärintervention, Operation „Amaliyyat Aşifat Al-ħazm“ (Sturm der Entschlossenheit) genannt. Unterstützt von den USA, Frankreich und Großbritannien griff die saudi-arabische Luftwaffe Ziele in ganz Jemen an. Auch Ägypten, Bahrain, Katar, Kuwait, Jordanien, Marokko, Sudan und die Vereinigten Arabischen Emirate leisteten den Saudis Hilfe, allerdings nur nominell. Selbst die Vereinten Nationen unterstützten den saudischen Krieg im Jemen, da Saudi-Arabien formell die sogenannte Golfkooperationsratsinitiative (GKR-Initiative) zur Lösung der Krise im Jemen durchsetzen wollte. Diese Initiative, die auf Vermittlungen des Kooperationsrats der arabischen Staaten des Golfes 2011 zurückgeht, legte die einzelnen Schritte fest, wie der Übergangsprozess nach dem Abdanken von Präsident Salih ablaufen soll. Salih hatte diese auch im November 2011 unterzeichnet.

Verdient Deutschland am Krieg im Jemen mit?

Saudi-Arabien hat immer wieder Interesse an deutschen Waffen gekundet. Dabei geht es vor allem um Munition. Aber auch schwere Waffen wie Panzer und Hubschrauber würde Saudi-Arabien gerne kaufen. Und während das Königreich mittlerweile sogar Bodentruppen in den Jemen entsandt hat, lieferte Deutschland

2016 Mehrzweckhubschrauber an Saudi-Arabien. Aber auch andere Rüstungsgüter wurden von Deutschland nach Saudi-Arabien exportiert. Ihr Gesamtwert beträgt für 2016 etwa 484 Millionen Euro.

Doch Deutschland muss sich um eine friedliche Lösung des Konflikts im Jemen bemühen! Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) fordert, dass die deutsche Bundesregierung ihren Einfluss auf den Iran nutzt, damit Teheran sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten Jemens einmischt. Und die Saudis müssen ihren Krieg gegen die jemenitische Zivilbevölkerung umgehend einstellen.

Der Beginn des Huthi-Konflikts

Bereits seit Anfang der 1990er Jahre fühlten sich die schiitischen Zaiditen im Jemen stark vernachlässigt und diskriminiert. Sie wurden bei der Besetzung wichtiger Ämter und Positionen im Staatsdienst meist nicht berücksichtigt. Dabei hatten die Huthi in der Geschichte des Jemens eine bedeutende Rolle in Politik und Gesellschaft gespielt.



Diese Frau musste wegen des Huthi-Konflikts mit ihrer Familie fliehen. Nun lebt sie in Mazrak, einem Flüchtlingslager im Nordwesten des Jemen.

Foto: Hugh Macleod/IRIN/201003170741040540

Doch nach der Vereinigung der Arabischen Republik Nordjemen mit der Demokratischen Volksrepublik Südjemen 1990 hatte sich dies drastisch geändert. Die Regierung bemühte sich kaum, die Huthi in politische und gesellschaftliche Prozesse einzubeziehen. Hinzu kam, dass zu Beginn des zweiten Golfkrieges (1990-1991) viele jemenitische Gastarbeiter aufgrund der pro-irakischen Haltung ihres Landes aus anderen Golfstaaten ausgewiesen wurden und sich viele von ihnen bei ihrer Rückkehr in den nordjemenitischen Gebieten der Huthi ansiedelten. Diese fühlten sich von den „Neulingen“, die vom streng sunnitischen Glauben der wahhabitischen Saudis geprägt waren, bedroht. Deshalb eröffneten die Huthi schiitische Religionsschulen, mit denen sie den Einfluss der Wahhabiten begrenzen wollten. Die Zentralregierung in Sanaa schloss diese Schulen jedoch schon nach kürzester Zeit.

Die Huthi waren so unzufrieden, dass sie 2004 in der nordjemenitischen Provinzhauptstadt Sa'ada öffentlich gegen den damals vom Präsidenten Salih eingeschlagenen pro-westlichen Kurs demonstrierten. Dabei drückten sie vor allem ihre Angst vor einer „Sunnitisierung“ des Nordens aus. Als die Regierung mit Gewalt auf die Huthi-Proteste reagierte, brach ein offener bewaffneter Kampf aus. Dabei warfen sowohl die jemenitische wie auch die saudische Regierung dem Iran immer wieder vor, die schiitischen Huthi mit Waffen zu unterstützen.